



18.430

Parlamentarische Initiative**Hêche Claude.****Das Entschuldungsverfahren
für Privatpersonen optimieren
und besser koordinieren****Initiative parlementaire****Hêche Claude.****Pour une meilleure coordination
et une amélioration des procédures
de désendettement des particuliers***Frist – Délai*

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 29.11.21 (FRIST - DÉLAI)

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt einstimmig, die Frist für die Umsetzung der Initiative um zwei Jahre, d. h. bis zur Wintersession 2023, zu verlängern. Herr Hêche und auch Herr Levrat sind nicht mehr im Rat. Für die Kommission spricht Herr Rieder.

Rieder Beat (M-E, VS), für die Kommission: Es naht der Apéro; ich versuche es kurz zu machen.

Die parlamentarische Initiative Hêche, übernommen von Ständerat Levrat, möchte das Entschuldungsverfahren verbessern. Gegenwärtig besteht eine ungenügende Koordination zwischen den aussergerichtlichen Nachlassverträgen und/oder einvernehmlich privaten Schuldbereinigungen gestützt auf Artikel 333 ff. SchKG, welche regelmässig durch die kantonalen und kommunalen Schuldenberatungsstellen angestrebt werden. Mangels Einigung unter den Gläubigern erfolgt im Anschluss daran regelmässig ein Nachlassverfahren. Eine ungenügende Koordination dieser Verfahren führt dazu, dass im Nachlassverfahren die Verhandlungen mit den Gläubigern wieder von vorne begonnen werden müssen, was zu unnötigen Kosten für alle Beteiligten führt.

Die parlamentarische Initiative 18.430 verlangt nun eine bessere Koordination. Bezüglich der Umsetzung ist zu beachten, dass beide Räte nicht nur dieser parlamentarischen Initiative Folge gegeben haben, sondern auch die Motionen Hêche

AB 2021 S 1105 / BO 2021 E 1105

18.3510 und Flach 18.3683 angenommen haben. Die Vorschläge des Bundesrates zur Umsetzung dieser Motionen liegen gegenwärtig noch nicht vor. Ihre Kommission ist der Ansicht, dass wir die Vorschläge des Bundesrates abwarten sollten und gegebenenfalls nach Vorliegen des Berichtes zur Umsetzung der beiden Motionen entscheiden können, ob das weitere Vorgehen angegangen und wie die Umsetzung dieser parlamentarischen Initiative in Angriff genommen werden soll.

Sie beantragt Ihnen daher gestützt auf Artikel 113 des Parlamentsgesetzes, die Frist für die Ausarbeitung eines Erlassentwurfes um zwei Jahre, bis zur Wintersession 2023, zu verlängern. Bis dahin dürfte der Bericht des Bundesrates zu den vorgenannten Motionen vorhanden sein. Dann kann auch die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates entscheiden, ob es Sinn macht, die parlamentarische Initiative weiterzuverfolgen, oder ob sie sich direkt im Rahmen einer Gesetzesvorlage des Bundesrates auch um die Problematik der Koordination der Entschuldungsverfahren kümmern soll.

Ich bitte Sie daher, dem einstimmigen Antrag Ihrer Kommission für Rechtsfragen zuzustimmen und die Fristverlängerung um zwei Jahre zu gewähren.





AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2021 • Erste Sitzung • 29.11.21 • 16h15 • 18.430
Conseil des Etats • Session d'hiver 2021 • Première séance • 29.11.21 • 16h15 • 18.430



Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Wegen des Apéros hätten Sie sich nicht kurzhalten müssen, Herr Rieder. Wir mussten den Apéro leider absagen. Es tut mir leid. Sie können ihn aber mit Kollegen einnehmen.
(Heiterkeit)

Rieder Beat (M-E, VS), für die Kommission: Herr Präsident, ich werde trotzdem nicht ein zweites Mal sprechen.
(Heiterkeit)

Die Behandlungsfrist des Geschäftes wird verlängert
Le délai de traitement de l'objet est prorogé

Präsident (Hefti Thomas, Präsident): Ich habe verschiedene Anfragen erhalten, ob die Feier für den Ständeratspräsidenten stattfinden kann. Ich werde mich mit der Regierung des Kantons Glarus beraten und Sie morgen informieren.

Damit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!

Schluss der Sitzung um 18.35 Uhr
La séance est levée à 18 h 35

AB 2021 S 1106 / BO 2021 E 1106

